Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8168**

14. Wahlperiode 31. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/5712 –**

Tierschutzbericht 2001 der Bundesregierung

**2. zu dem Antrag der Abgeordneten Marianne Klappert, Brigitte Adler, Hermann Bachmeier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7180 –**

Verbesserungen im Tierschutz national und europaweit vorantreiben

**3. zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6047 –**

Tierschutz auf nationaler und EU-Ebene fortentwickeln

A. Problem

Die Fortentwicklung des Tierschutzes ist weiterhin ein gesellschaftspolitisches Anliegen. Die Antragsteller fordern daher die Bundesregierung zu einer Reihe von zum Teil unterschiedlichen, zum Teil ähnlichen Maßnahmen sowohl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene auf.

B. Lösung

zu 1.

Kenntnisnahme

zu 2.

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/7180 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zu 3.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6047 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6047 und Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/7180.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/5712 –

1. den Antrag auf Drucksache 14/7180 anzunehmen und

2. den Antrag auf Drucksache 14/6047 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Peter Harry Carstensen (Nordstrand) Vorsitzender	**Marianne Klappert** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marianne Klappert

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 173. Sitzung am 31. Mai 2001 den Antrag auf Drucksache 14/6047 an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Die Vorlagen auf Drucksachen 14/5712 und 14/7180 wurden durch den Deutschen Bundestag in seiner 198. Sitzung am 8. November 2001 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen. Die Vorlage auf Drucksache 14/7180 wurde zur Mitberatung zusätzlich an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorlagen in seiner 82. Sitzung am 12. Dezember 2001 abschließend behandelt.

II.

Zu 1.

Gegenstand des Tierschutzberichtes 2001 ist die Darstellung des Standes der Entwicklung des Tierschutzes in Deutschland für den Berichtszeitraum der Jahre 1999 und 2000, wobei auch die künftigen Ziele der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Tierschutzes dargelegt werden.

Zu 2.

Die Antragsteller stellen fest, dass trotz der erreichten Verbesserungen beim Tierschutz das zentrale Anliegen des Tierschutzgesetzes, Leben und Wohlbefinden der Tiere zu schützen, noch nicht erreicht sei. Es sei deshalb eine verfassungsrechtliche Regelung erforderlich, um zu einer Abwägung mit anderen, ebenso verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern im Einzelfall kommen zu können.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

- die Hennenhaltungsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates baldmöglichst in Kraft zu setzen,
- für die Schweinehaltung alsbald einen Verordnungsentwurf vorzulegen, der sich an den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts orientiert,
- die Haltungsverordnungen für andere Nutztiere stärker an einer artgerechten Tierhaltung auszurichten,
- auf EU-Ebene eine Obergrenze bei den Transportzeiten anzustreben, die sich an den Versorgungsintervallen orientieren müsse, sowie
- Maßnahmen zu ergreifen, die den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung minimieren und eine strenge Kontrolle der Medikamentenabgabe in der Tierhaltung sicherstellen.

Im Einzelnen wird auf den Antrag auf Drucksache 14/7180 verwiesen.

Zu 3.

Die Antragsteller fordern in ihrem Antrag auf Drucksache 14/6047 insbesondere,

- nach Ausbruch von Maul- und Klauenseuche (MKS) und Schweinepest eine vorbeugende Impfung durchzuführen und die Entwicklung und den Einsatz von markierten Impfstoffen zu forcieren,
- die Verordnung zum Schutz von Legehennen EU-weit und in den Beitrittsländern entsprechend dem Bundesverfassungsgericht zu fassen und europaweit durchzusetzen,
- die Dauer von Schlachtviehtransporten EU-weit auf höchstens sechs Stunden zu beschränken und EU-weite tierschutzgerechte Anforderungen an die Transportfahrzeuge festzuschreiben,
- die Zahl der Tierversuche auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.

Im Einzelnen wird auf den Antrag auf Drucksache 14/6047 verwiesen.

III.

Drucksache 14/5712 – Tierschutzbericht 2001

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 109. Sitzung am 12. Dezember 2001 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 57. Sitzung am 12. Dezember 2001 ebenfalls behandelt und einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Drucksache 14/7180 – Antrag der Koalitionsfraktionen

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 12. Dezember 2001 behandelt und wie folgt votiert:

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** sowie der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat ebenfalls die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Drucksache 14/6047 – Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 12. Dezember 2001 behandelt und wie folgt votiert:

Der **Rechtsausschuss** hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen.

IV.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen in seiner 82. Sitzung am 12. Dezember 2001 abschließend behandelt.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wurde als ein wichtiger Punkt hervorgehoben, die Zahl der Tierversuche zu senken, ohne die wissenschaftliche Forschung dadurch zu beeinträchtigen.

Was die Bekämpfung der MKS betreffe, so sei die praktizierte Keulung ganzer Bestände wirtschaftlich unsinnig. Hier sollten das Instrument der Impfung eingesetzt und die damit verbundenen Handelsrestriktionen beseitigt werden.

Was die Käfighaltung betreffe, so bestehe sicherlich großer Konsens hinsichtlich der Abschaffung der herkömmlichen Käfige. Nicht akzeptabel sei jedoch ein Totalverbot, sondern vielmehr erforderlich, Innovationsprozesse zu ermöglichen, um neben der Volieren-, Boden- und Freihaltung die ausgestaltete Käfighaltung zu optimieren. Andernfalls werde es zu einer massiven Abwanderung der Eierproduktion ins Ausland kommen. Auch sei die vorgesehene Kennzeichnung der Eier nur bedingt verbraucherfreundlich, da über 70 % der Eier den Verbraucher in verarbeiteter Form erreichten. Schließlich müsse es zu einer Lösung hinsichtlich der importierten unter Standard produzierten Eier kommen.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde die Bedeutung der Zahl der Tierversuche unterstrichen und darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung um einen Bericht zur Erhöhung der Zahl der Tierversuche gebeten worden sei.

Hinsichtlich des Verbotes der Käfighaltung sei bezüglich der Übergangsfrist eine Lösung gefunden worden, mit der Deutschland beim Tierschutz in Europa eine Vorreiterrolle einnehmen könne. Angesichts der mit wissenschaftlicher Begleitung durchgeführten Projekte hätten die Betriebe zahlreiche Möglichkeiten für Innovationen in der Zukunft.

Insgesamt sei festzustellen, dass die Entwicklung und Erprobung ausgestalteter Käfige von der Eierindustrie viel zu spät in Angriff genommen worden sei. Auch habe das Bundesverfassungsgericht die in Frage stehende Eierproduktion für verfassungswidrig erklärt. Der Vorschlag, neben den Eiern auch deren Produkte zu kennzeichnen, werde unterstützt.

Zu begrüßen sei, dass es auch bei den Tiertransporten hinsichtlich der Ausgestaltung der Transportfahrzeuge Verbesserungsvorschläge auf EU-Ebene gebe.

Im Übrigen sei vorgesehen, die Qualitätszeichen auch im konventionellen Bereich zu forcieren, was sowohl zu einer Verbesserung des Tierschutzes bei Tiertransporten als auch bei der Kennzeichnung führen werde.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde kritisiert, dass das Totalverbot der Käfighaltung wissenschaftlich nicht haltbar sei. Während der herkömmliche Käfig zweifellos überholt sei, werde mit dem jetzigen Verordnungsentwurf eine Weiterentwicklung der ausgestalteten Käfige verhindert. Auch fehle es bisher an einer Gesamtbilanz zu den gesundheitlichen und Umweltaspekten im Vergleich der unterschiedlichen Haltungssysteme. Die Bundesregierung stütze sich bei ihrer Argumentation einseitig auf Verbraucheraspekte.

Die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 14/5712 – Tierschutzbericht 2001 – wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/7180 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6047wurde in der 76. Sitzung am 17. Oktober 2001 anberaten. Nummer II Buchstabe b des Antrags wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der Antrag auf Drucksache 14/6047 wurde in seiner Gesamtheit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Marianne Klappert
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333